

presse

Kein Quadratmeter Grünland geht mehr verloren

Ute Vogt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Wilhelm Priesmeier, agrarpolitischer Sprecher:

Der Grünlandumbruch ist in Zukunft genehmigungs- und ausgleichspflichtig. Darüber wird heute im Bundestag abgestimmt. Somit geht in Deutschland kein Quadratmeter Grünland mehr verloren. Hier hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei der Umsetzung der europäischen Agrarpolitik in Deutschland erfolgreich durchgesetzt.

„Für den Grünlandschutz sind wichtige Punkte in den Verhandlungs-Kompromiss zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz aufgenommen worden, für die sich die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich eingesetzt hat. Dazu gehört der absolute Schutz von Dauergrünland innerhalb der besonders schützenswerten Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Kulisse).

Somit geht in Zukunft in Deutschland kein Quadratmeter Grünland mehr verloren. Pflügen und Umbruch von Wiesen und Weiden in FFH-Gebieten sind künftig verboten. Außerhalb dieser Schutzgebiete kann Grünland nur mit einer Genehmigung umbrochen werden und nur unter der Maßgabe, dass entsprechender Ersatz geschaffen wird. Grünland ist unverzichtbar für Klima-, Boden-, Erosions- und Wasserschutz. Es ist Lebensraum für viele bedrohte Pflanzen- und Tierarten.

Der Grünlandanteil ist in Deutschland dramatisch zurückgegangen, in den vergangenen 20 Jahren um bundesweit insgesamt 650.000 Hektar. Ursächlich hierfür sind der Umbruch von Wiesen und Weiden und die Umwandlung in Ackerland. Damit einhergehend nehmen die Bestände der Wiesenbrüter erheblich ab, die heute fast ausnahmslos auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten geführt werden. Aus Sicht des Klimaschutzes ist auch der Umbruch von Mooren und Feuchtgebieten problematisch, da ein erheblicher Teil des im

Boden gespeicherten Kohlenstoffs freigesetzt wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zudem ein zentrales Ziel erreicht, jährlich 4,5 Prozent der Direktzahlungen für die Jahre 2015 bis 2019 in die zweite Säule umzuschichten. Diese Mittel stehen den Bundesländern ab dem kommenden Jahr als zusätzliche Förderung für die ländliche Entwicklung inklusive Umweltschutzmaßnahmen und Biolandwirtschaft zur Verfügung. Das sind pro Jahr knapp 229 Millionen Euro und von 2015 bis 2019 insgesamt 1,1 Milliarden Euro.“